

Aus der Woche.

Welt und Leben unter der Lupe edler torieller Betrachtung.

Das wasserarme Apulien.

Aus Mailand wird geschrieben: Die Choleraepidemie hat wieder einmal gezeigt, weshalb ein Unglück für Apulien die Wasserarmuth ist. Die wenigen Bäche, die dies Gebiet durchqueren, ergießen sich von den bewaldeten Ostabhängen des Apennin, solange die Niederschläge dauern, in kurzem Lauf mit wilder Kraft ins Meer; unterirdische Wasseradern gibt es nicht, und es tritt häufig Dürre ein, die die Menschen zwingt, sich mit gesundheitsgefährlichem Wasser zu begnügen, und die das Vieh sterben läßt. Die Bekämpfung der Cholera ist durch diese Zustände sehr erschwert worden. Nun befindet sich seit etwa vier Jahren die apulische Wasserleitung im Bau, ein in seiner Größe einziges Werk. Sie bedeckt nichts weniger, als das Wasser des Sele aus Campanien durch einen langen Tunnel, der den Apennin, die Wasserscheide zwischen dem Tyrrhenischen und dem Adriatischen Meer, durchdringt, nach Apulien zu leiten und ein Gebiet von 19.000 qkm ober der Größe einer preussischen Provinz durch eine Leitung zu versorgen, deren Hauptkanal 236 km lang ist und deren gesammelte Abzweigungen 1900 km über die Länge der Strecke Berlin-Neapel erreichen. Die Ausführung dieses Werkes, das 165 Millionen kosten soll, ist jedoch durch verschiedene Umstände stark verzögert worden.

Der erste Leiter der Arbeiten, Ingenieur Karl Brandau, einer der Erbauer des Simplontunnels, legte wegen tiefergehender Zweifigkeiten mit der den Bau ausführenden Firma Ercole Antico & Co. in Genua schon nach kurzer Zeit sein Amt nieder. Auch das jüngste Erdbeben vom 7. Juni hat eine Unterbrechung der Arbeiten veranlaßt, weniger, weil die Leitung beschädigt war, wie es zuerst hieß, als weil die Arbeiter von einem heillosen Schreck ergriffen wurden und mehrere Tage nicht in den Stollen gehen wollten. Dann gab es einen Konflikt zwischen dem Konzeptionsbüro und der Baufirma, weil diese die Arbeiten nicht energisch genug förderte. Der Präsident des Konzeptionsbüros, der bekannte apulische Abgeordnete Giuffrè, der einen Streit mit der Baufirma vermeiden wollte, um nicht noch eine größere Verzögerung zu verursachen, sah sich von allen anderen Mitgliedern des Konzeptionsbüros verlassen und legte sein Amt nieder. Nun aber ist die Regierung wegen des langsamen Fortschreitens der Arbeiten besorgt und der Minister der öffentlichen Arbeiten Sacchi hat eine aus hervorragenden Hydrologen und Wasserbauern zusammengesetzte Kommission eingesetzt, um den Zustand und die Fortführung der Arbeiten zu untersuchen.

Die Lage in Griechenland.

Zu den Herrschern, die ihr Sachvermögen nicht heilen können, gehört seit geraumer Zeit schon König Georg von Griechenland. Er würde sich nicht wundern, wenn heute eine Revolution ausbräche, die ihn seines Thrones beraubt, und die übrige Welt beglücken würde, wenn er als eine Art Ordnungsbürger betrachtet würde, wenn in dem buntschmetterigen Parteienwesen Griechenlands seine Persönlichkeit gewissermaßen als die eines Moderators am Werke bliebe, so lange von den verschiedenen Parteiführern seiner imstande ist, eine starke Anhängerschaft um sich zu sammeln, auf die er sich mit starker Hand durchgreifende Maßregeln zur Befestigung des Staatswesens durchzuführen könnte. Selbst Benifelos, der mit der Ernennung zum Premier des Kabinetts das Ziel seines Ehrgeizes erreicht zu haben schien, erwiderte nicht solche Worte, wie man von ihm erwartet hatte, vielmehr ist ihm jetzt gelungen, die Auflösung der Nationalversammlung mit nachfolgenden Neuwahlen durchzusetzen. Er hat zu dem Zweck in sein Programm die Revision der Verfassung aufgenommen müssen, gegen die er sich zuvor gestäubt hatte.

In dem nun aufgelösten Parlament waren neun Parteien vertreten, nämlich die allen unter Führung von Kallis, Mavromichalis, Jannis und Dragumis, sowie die neuen: die Radikale, die Sozialdemokraten, die thessalische Gruppe und die Anhänger des Benifelos, die sich als liberale Partei bezeichnet. Daneben bestanden die Parteilosen oder Unabhängigen in der Anzahl von sechzig bis achtzig Abgeordneten, die abgesehen von anderen Meinungsverschiedenheiten sich in Anhänger des republikanischen oder konstitutionellen Charakters der Nationalversammlung trennten. Keine derselben konnte über eine Mehrheit, zu der hundertzwanzig Stimmen erforderlich sind, verfügen.

Benifelos, bekanntlich zuvor Ministerpräsident von Aetia, hat sich den Eingang ins Parlament ermöglicht, indem er auf seine Eigenschaft als Aetier verzichtete und somit aus dem äußerlichen Unterbanverbande ausstieg, um sich im Wahlkreis Aetia als Mitglied der Nationalversammlung wählen zu lassen, und durch diese an die Spitze der Regierung zu gelangen.

Das ist ihm geglückt, aber das Ziel, das er sich gesetzt hatte, nämlich durch die Bildung einer parlamentarischen Vertretung der ziellosen chronischen Revolution ein Ende zu machen, hat er noch nicht erreicht. Um die Zustimmung der Parteien Theotakis und Kallis zu seinem Plane zu gewinnen, einigte er sich mit ihnen darauf, daß die Verfassung die Verfassung nur revidieren solle, die Lage aber scheint ihm über den Kopf gewachsen zu sein, so daß er sich jetzt dazu verhalten hat, daß die neu zu wählende Körperschaft eine grundlegende Aenderung der Verfassung vorzunehmen hat. Was sich daraus entwickeln wird, bleibt abzuwarten. Die Wahlen sollen am 28. November stattfinden.

In seinem Kabinett hat Benifelos das Amt des Kriegsministers übernommen, zu dem er als Vertrauensmann des zwar aufgeregten, aber immer noch handlungsbereiten Offiziersbundes den Beruf zu spüren scheint. Die Türkei, die kürzlich erklärte, daß sie ein Kabinett Benifelos als feindselige Handlung Griechenlands auffassen werde, wird davon wenig erbaut sein; Benifelos steht für das nationalistische Programm des Panhellenentums. Er ist für die Nothwendigkeit der nur ungenau aus der türkischen Staatsgewalt entlassene Rebell, der unzweifelhaft immer noch an dem Gedanken der Vereinigung Aetias mit Griechenland hängt und seine Stellung dazu benutzen mag, ihm weitere Geltung zu verschaffen. Da aber die Türkei seinen Einspruch gegen seine Erwählung zum Volksvertreter erhoben hat, wird sie sich auch mit seiner Berufung zum Ministerpräsidenten und der Übernahme des Kriegsministeriums abfinden müssen.

Die Lage in Indien.

Bei einem Bontett in Simla hat der bisherige Vizekönig von Indien, Lord Minto, der durch Lord Hardinge ersetzt worden, seine Abschiedsrede gehalten. Er gab darin, wie es der Anlaß ganz von selbst mit sich brachte, einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage Indiens, mit dem er natürlich auch eine Rückschau über seine eigene Verwaltung verband. Lord Minto vertritt in seiner Rede, die von der Neuerlichen Agentur in einem ausführlichen Auszuge wiedergegeben wird, nicht die Schwierigkeiten, in denen sich Indien noch immer befindet, aber er findet doch, daß die Wölfe, welche noch immer über dem Lande hängen und den Ausblick in die Zukunft für England einengern, zu zerstreuen, anfangen sich zu zerstreuen. Die „Times“, die seine Rede ausführlich bespricht, und an seiner Verwaltung, die ihr in mannigfacher Hinsicht nicht kräftig genug gegenüber der national-liberalen Bewegung erscheint, Kritik übt, stimmt doch im wesentlichen mit dieser günstigen Beurteilung der Dinge, freilich nicht darin überein, daß diese Beförderung ein Ergebnis der relativ liberalen Verwaltung des Vizekönigs und der vermehrten Heranziehung der Eingeborenen zur Selbstverwaltung sei. Vielmehr meint das konservative Blatt — und es spricht nur aus, was in den Kreisen der toriischen Schachtmacher überhaupt als Dogma gilt — daß die strenge Befestigung der national-liberalen Weltanschauung und die gegen die Bewegung angeordneten Unterdrückungsmaßregeln die verhältnismäßige Beruhigung des Landes herbeigeführt haben. Tatsächlich hätte man ja auch im konservativen Lager es gern gesehen, wenn die Regierung Lord Ritcher zum Nachfolger Mintos gemacht hätte in der Voraussetzung, daß dieser mit rückwärtsgerichtetem Geist ein für allemal die sich vorbereitende indische Empörung gegen die britische Herrschaft erlösen würde. Es ist möglich, daß ein solches Gewaltregiment in der Tat für kurze Zeit Ruhe geschaffen hätte. Aber so naive sollte man doch nicht sein zu glauben, daß mit brutaler Niederhaltung der Selbstbestimmungsrechte der obersten indischen Weltanschauung irgend eine Befriedigung zu erreichen wäre könnte. Die Lage Indiens ist zweifellos für England ernst, ernst auch, als Lord Minto zugeben will. Ob die durch eine härtere Heranziehung der Indier zur Verwaltung des Landes gebessert werden kann, wird man nicht mit unbedingt Sicherheit sagen können. Jedenfalls bietet aber die Rücksichtnahme auf die wachsende Intelligenz und das steigende nationale Selbstgefühl der Indier, mit dem freilich die Entwicklung der Fähigkeiten zur Selbstregierung nicht gleichen Schritt gehalten hat, mehr Aussicht auf eine Befriedigung Indiens und damit eine Konsolidierung der indischen Herrschaft als das Boden aus die 75.000 englischen Soldaten, mit denen man, wie es jetzt der Fall ist, dreihundert Millionen Indier unter der Botmäßigkeit LM. Auch die „Times“ muß zugeben, was von Lord Minto festgehalten worden ist, daß die vier Jahre seiner Verwaltung eine ganz besonders schwere Zeit für die englische Regierung waren. Es fragt sich doch sehr, ob ein Regiment, das schließlich doch einen Zustand verhältnismäßiger Befriedigung herbeigeführt hätte, ohne aus Indien ein halbes Weite zu machen. Die Reize der harten Männer sind meistens allerdings sehr einfach, aber ihre Anwendung hat das Mißliche, daß sie

nach der Methode des Doktor Eisenbael den Kranken samt der Krankheit beseitigt. Indien wird hoffentlich vor Heiltümpfern dieser Art bewahrt bleiben.

Arizona.

Dem Zensus zufolge hat Arizona eine Bevölkerung von 204.000, worauf es mit Genugthuung hinweisen kann, wenn es sich nun ansieht, als selbstständiger Staat in die Union einzutreten, wozu dem Territorium in der letzten Konvention die Erlaubnis erteilt wurde. Vollziehen wird sich das sobald seine Verfassung vom Präsidenten und vom Kongress gutgeheißen werden, so daß noch im Laufe der kommenden Tagung die Vertreter im Senat und im Hause ihre Sitze einnehmen können. Arizona ist, wie New Mexico, lange hingehalten worden, ehe die nationale Gesetzgebung es zur Zulassung reif befunden hat, entspricht aber nun auch allen Anforderungen, die man an einen jungen Staat stellen kann. An Einwohnerzahl übertrifft es, wie oben angegeben, wachsenden älteren Staat und die Entwicklung der industriellen und kommerziellen Gelegenheiten hat mit der anderer Staaten Schritt gehalten.

An Umfang zählt Arizona unter den Staaten an vierter Stelle, es folgt gleich nach Montana; der Boden, der früher als unweithlich und wenig werthbar galt, ist durch die von der Bundesregierung seit einer Reihe von Jahren durchgeführte Bewässerung, der Kultur gewonnen worden und bespricht gute Ernten. Einweilen beschränkt sich der Anbau in der Hauptsache auf Alfalfa, das große Erträge bringt, doch wird man in Zukunft auch vielseitigen Getreide- und Gemüsebau haben. Der Mineralreichtum von Arizona ist bekannt. Obwohl dieser erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit systematisch verwertet worden, betrug das Ergebnis vor zwei Jahren bereits vierundzwanzig Millionen. Die Schafherden zählen eine Million Stück und die Rindviehzucht befindet sich in lebhaftem Aufschwung. Der fortschrittliche Geist der Bevölkerung macht sich auch im Geschäftsverehr geltend und finanziell steht der Staat dem Osten näher als man dort im allgemeinen annimmt, obgleich das einige Kapitalistengruppen ganz genau wissen, denn viele Bergwerke, Eisenbahnen sowie der Betrieb der Ranches stützen sich auf östliches Kapital.

Auch was bürgerliche Reife anbelangt, steht der junge Staat nicht hinter anderen zurück. Schulzwang ist eingeführt und die öffentlichen Schulen werden von vierzigtausend Schülern besucht; es bestehen Normalschulen und eine Staatsuniversität. Daß Arizona erst jetzt in die Union eintreten kann, daß ihm kaum zum Nachheil gerückt, jedenfalls hat es mehr Zeit gehabt, seine Verfassung gründlicher durchzuarbeiten als das schnell gereifte Oklahoma, das in seinen Grundgesetzen mancherlei Bestimmungen dauernd festgelegt hat, die besser nachträglicher Gesetzgebung überlassen geblieben wären. Wenn Arizona seine Bestätigung als Staat erhalten hat, wird es sich mit anderen fortschrittlicher Staaten in eine Reihe stellen können.

Gegenseitigkeit mit Kanada.

Mit dem Gegenseitigkeits-Vertrag mit Kanada, um den sich Präsident Taft als Ergänzung anderer Tarifabkommen sehr bemüht, wird es wohl noch eine Weile haben; die Bevölkerung des Nachbarstaates ist nicht besonders dafür eingenommen und im ganzen ebenso getheilte Meinung darüber wie die Interessen des östlichen und des westlichen Theils der Dominion, beziehungsweise die Provinzen Quebec und Ontario. Premier Laurier, von dem man gelegentlich seiner in Montreal gehaltenen Programmrede eine definitive Erklärung über die Stellung seiner Regierung zu der Frage erwartete, hat es vorgezogen, sich darüber ganz auszusprechen, vermuthlich, weil er nach seiner Seite hin ausbleiben will, und der Ministerpräsident Borden hat sich dahin vernehmen lassen, es sei am besten, die Frage einzuweilen auf sich beruhen zu lassen. Je nach der geographischen Lage und der Parteistellung beobachten die tonangebenden Zeitungen verschiedene Haltung. Der liberale „Toronto Globe“ stellt sich auf entschieden respektvoll-freundlichen Standpunkt und geht, um diesen zu motivieren, sogar bis auf Uraragraphen Zeiten zurück und die gemeinschaftliche Abstammungsquelle der beiden Nationen, wobei er in denselben Artikel verfaßt, von dem auf dieser Seite der Grenz so viele Punkte befallen sind, die an der Tradition der angelächlichen Herkunft des amerikanischen Volkes festhalten, obgleich sie aus jedem Zeilen der Geschichte, freilich nicht dem gewöhnlich in den öffentlichen Schulen gebräuchlich lernen können, daß bei der Entstehung unserer Nation die ganze zivilisierte Welt Waide gehalten hat. Warum, fragt der Globe, sollten wir unsere Vandalen für die Schuld der Grenze nicht gern haben, nachdem sie sich mit dem Gedanken einer zweiten großen Nation auf diesem Kontinent befreundet haben und uns ebenfalls freundlich gegen sich sind?

In anderem Tone spricht die „Toronto Free Press“, die in den Bemühungen des Präsidenten nur das Recht der amerikanischen Option sieht, in dem die kanadische Forderung gelangen werden

soff. Die Ver. Staaten, erklärt das genannte Blatt, näherten sich schnell dem Zeitpunkt, wo ihre Ausfuhr von Naturprodukten aufhören müsse, weil sie diese zum einheimischen Verbrauch nötig haben, und da wollten sie sich die Dominion als Bezugsquelle für Rohmaterialien und Rohmaterialien sichern. Sie seien nur auf den eigenen Vortheil bedacht.

In anderen Zeitungen wird darauf hingewiesen, daß die Raten des Panne-Tarifs viel zu hoch angelegt sind und Kanada thatsächlich überverteilt werden würde, wenn es sich darauf einließe, sie als Maßstab für Jugendschiffe seinerseits gelten zu lassen. Es sei hier nur wiederholt, was mit den Reziprozitätsverträgen des Dingley-Tarifs beabsichtigt war, die vom Senat verworfen wurden. Die Raten waren absichtlich hoch angelegt, kamen freilich nie zur Geltung und das Publikum hat die Sache begahen müssen. Die Raten des gegenwärtigen Tarifs seien in derselben Absicht angelegt, weshalb Kanada keine Ursache zum Entgegenkommen habe.

Bei so getheilten Meinungen sind die Aussichten auf das Zustandekommen eines Vertrages nicht günstig, doch scheint es die Absicht der Administration zu sein, in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, um die Kanadier zu überzeugen, daß mit der Gegenseitigkeit kein Interesse beider Länder gebient sein wird.

Hollands Küstenvertheidigung.

Die holländische Regierung hat der 2. Kammer einen Gesetzentwurf zur „Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Küstenvertheidigung“ vorgelegt, der auf einem Bericht der „Kommission für Meer und Marine“ vom 23. Juni 1906 fußt. In dem Entwurf, der für die ganze Landesvertheidigung der Niederlande von höchstem Werth ist, wird in der Hauptsache folgendes ausgeführt: Die Möglichkeit überraschender Unternehmungen gegen die holländischen Seegrenzen fordert eine baldige Verbesserung des gesammten Küstenvertheidigungswesens, sowohl der Küstenbefestigungen u. Sperreanlagen als auch des schwimmenden Materials der Marine. Es müssen Mittel bereitgestellt werden: 1. zur Verbesserung der Seefronten der Küstenvertheidigung der Inseln, des Hafens Jimuiden (bei Amsterdam), des Seegatts von Hoek van Holland, der Goereelands Seegatten, des holländischen Tiefs und des Vosttrats bestimmten Festungswerte, einschließlich ihrer Bewaffnung, Ausrüstung und Sperreanlagen; 2. zur Verbesserung des Forts Rijswijk (bei Heer); 3. zur Herstellung neuer Befestigungen zwecks Sicherung der West- Schelde; 4. zur Ergänzung des für die Vertheidigung der Wiegatten, der Zuidersee und der unter 1. genannten Seegatten und Gewässer bestimmten Marine-Materials und zwar durch Beschaffung von acht Hochseetorpedobooten, vierzehn Panzerschiffen, zwei Unterseebooten nebst den dazu gehörigen Einrichtungen, der erforderlichen Anzahl von Sperreminen und den dazu nötigen Magazinen. Entgegen einem Minoritätsbericht der genannten Kommission und der Ansicht des „Vertheidigungsrathes“ schlägt die Regierung vor, daß das ganze Küstenvertheidigungswesen (also auch Befestigung und Bedienung) der Marine übertragen wird. Die Kosten werden auf 38.370.000 Gulden geschätzt, von denen 25.080.000 Gulden auf die Küstenbefestigungen und 13.290.000 Gulden auf das Marinematerial entfallen. Die Regierung hält die Festlegung eines besonderen Fonds für angezeigt. Hierdurch würde es ermöglicht, die Ausgaben auf eine große Anzahl von Jahren zu vertheilen, den Arbeitsplan nach einheitlichen Gesichtspunkten aufzustellen und durchzuführen und bei den Lieferungen Vortheile zu gewinnen, die bei stückweiser Ausführung nicht erzielt werden könnten. Mit Rücksicht auf unvorhergesehene Fälle sei es rathsam als Höchstbetrag für die entstehenden Ausgaben 40 Millionen Gulden festzusetzen. Die ganze Forderung soll auf den Zeitraum von acht Jahren vertheilt werden, daß jährlich fünf Millionen zur Vertheilung gelangen. Das Ministerium bekennt sich zu der bestimmten Hoffnung, daß, trotz des nicht unerheblichen Defizits in der Staatskasse und der gleichzeitig dringend erforderlichen Bewilligung von Mitteln für die Unfall- und Krankenversicherung, die Volksvertreter auch noch für die Bereitstellung der Kredite für die neuen Küstenvertheidigungsanlagen zu haben sein werden.

Die Tricerische Zeitung kündete in Nr. 444 an: „Als Mütterbratungsfunde wird am Dienstag nachmittag halb 4 Uhr in der Viehfrauenstraße 11 ein Vortrag des Medizinalrats Dr. C. gehalten; es sollen alle bisher taufenden Mütter erscheinen, aber ohne die Kinder.“ Auch die Mütter sollten um jene Zeit die Viehfrauenstraße lieber meiden, denn es ist doch für kein Mutter rathsam, gebären zu werden.

Der Romanabschnitt in Nr. 49 der Wochenchrift „Aus Haus“ bringt folgende Schilderung: „Es war Jungweide, als poche totes Volk schluchend wie in einer Herdenthürmann gegen die Fenster.“ Ein Mensch kann das nicht! Der Laub schluchzt auch noch wenn es schon tot ist.

Henry's Platz.

Henry Grohmann, Eigenthümer.

Lieferer Getränke in Groß- und Kleinhandel in jeder gewünschten Quantität. Empfehle meine vorzüglichen Getränke und Cigaretten. Das berühmte Storz Bier stets an Zapf. Es bittet freundlichst um geneigten Zuspruch Henry Grohmann.

Edward Menard, Präsident. F. S. Graham, Vice-Präsident. G. S. Watson, Kassirer. S. F. Friedrichs, Ass. Kassirer.

Citizens State Bank.

Kapital \$20,000.00 • Ueberschuß \$15,000.00

Ist ausschließlich von Knox County Venten geeignet und betrieben.

Kann irgend etwas im Bankwesen verrichten. Machet hier den Versuch.

Wir machen Farm-Anleihen auf lange Zeit und zu niedrigen Zinsen.

Saunders-Westrand Co.

früher Westrand & Sons Elevator.

Kauft Getreide jeder Art, sowie Vieh, zu den höchsten Marktpreisen und ersucht den Farmer um die Gelegenheit, ihm Angebote auf seine Verkaufsprodukte zu machen.

Wick. Paper, Geschäftsführer.

Martin C. Peters,

Deutscher Land-Agent.

Ich kaufe und verkaufe Land in Nebraska, Nord- und Süd-Dakota und der Pan-Handle-Gegend, Texas. Lasset mich eure Farmen zum Verkauf übersehen.

Länder in Knox County, Nebr., meine Spezialität.

Sprecht vor oder schreibt, wenn ihr etwas in diesem Fache wünschet.

Martin C. Peters.

Bloomfield, Knox County, Nebraska.

C. R. Sumner

hat von Isaac Dowty

die

City Dray Line

erworben und empfiehlt dem Publikum als Fuhrmann.

Drei Wagen stets bereit, Eure Wünsche zu besorgen.

C. R. Sumner.

Bloomfield Germania

ist unter dem Deuschthum Knox Countys wohl verbreitet und lohnt es sich, dieses Wochenblatt für Anzeigen zu benutzen.

Accidenz-Arbeiten

werden prompt und geschmackvoll ausgeführt.

Man adressire

Die Germania, Bloomfield, Nebr.

Achtung, Farmer!

Die vorzüglichsten Produkte der Columbia Egg & Cattle Fanner Co. sind bei mir vorräthig. Nehm dem bewährten Mittel für die Verbesserung von Viehfruchtbarkeit verlaufe ich auch das „Tip“ abigeg Co.

Diese Produkte sind auch in Job. Grohmann's Saloon vorräthig.

Henry Hohnholt,

4 Weilen südlich und 3 Weilen westlich von Bloomfield.

The City Meat Market

Edw. Dolpy, Eigenthümer

Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, Schinken, Geflügel, Austern, frische und geräucherter Fische und viele andere Aufpeisen, welche eine Wahlzeit vollkommen machen.